

Oktober / November 2004

pro+kontra

Stadtzeitung der DKP für Püttlingen

Bürokratischer Wasserkopf stellt sich auf Hartz IV ein:

Aber wo bleiben die Arbeitsplätze?

Opel und Karstadt wollen tausende Arbeitsplätze vernichten, auch SPAR, Schlecker und andere Firmen planen den Abbau ihrer Beschäftigtenzahlen. So sieht die reale Lage aus, während die Umsetzung von Hartz IV vorbereitet wird.

Rund zwei Monate vor Inkrafttreten der so genannten Arbeitsmarktreform gibt es zwar keine Arbeitsplätze, aber immer noch unzählige offene Fragen. Niemand kann derzeit garantieren, ob ab dem 1. Januar das „Arbeitslosengeld II“ von den zuständigen Stellen fristgerecht ausgezahlt werden kann. Schwierigkeiten mit ausreichend geschultem Personal und der erforderlichen PC-Software machen Sorgen, vor allem, „weil das Gesetz im Schweinsgalopp“ durchgesetzt“ werden muss.

Es sieht so aus, dass eine Arbeitsgemeinschaft (Arge) aus Arbeitsamt und kommunaler Seite mit vier Geschäftsstellen im Stadtverband die „Betreuung“ der Bezieher von Arbeitslosengeld II übernimmt. Für etwa 750 Betroffene aus Püttlingen wird die Stelle Heusweiler zuständig sein.

Sicher ist nur, dass die Leistungen radikal gekürzt werden, dass die neuen Bestimmungen über Zumutbarkeit zur regelrechten Zwangsarbeit führen, weil sonst die Leistungen gestrichen werden. Beitragszahler zur Arbeitslosenversicherung werden um ihre Ansprüche betrogen und zu Sozialhilfeempfängern degradiert. Nur eines wird es durch Hartz IV nicht geben: Neue Arbeitsplätze. Dazu hat die Regierung bisher keine Investprogramme entwickelt.

SKF stellt zum Jahresende die Produktion ein:

Ein Abschied in Sorge und Bitterkeit



Echte Freude konnte nicht aufkommen, als die SKF-Belegschaft am 4. September zu einem Abschiedsfest eingeladen hatte. Verbitterung über die unverdiente „Bestrafung“ durch den Konzern und große Sorgen wegen der unsicheren Zukunft überschatteten das Fest auf dem Sauwasen, auf dem auch die DKP-Fraktion (unser Bild) in Zweidrittelstärke vertreten war.

DKP tagt wieder in Püttlingen:

20. Bezirkskonferenz in der Stückguthalle



Ihre 20. ordentliche Bezirksdelegiertenkonferenz führt die DKP Saarland am 7. November in der neuen Halle des Kulturbahnhofs Püttlingen durch. Aufgaben dieser Konferenz sind neben der politischen Standortbestimmung die Neuwahl des Bezirksvorstandes und die Festlegung der Delegierten zum DKP-Parteitag, der im Februar 2005 in Duisburg stattfindet. Lesen Sie dazu auf Seite 3 ein Interview mit dem saarländischen Bezirksvorsitzenden.

Kindergärten wieder teurer:

DKP sagt Nein dazu!

Während CDU-Ministerpräsident Peter Müller über zurückgehende Geburtenzahlen jammert, von „demografischen Verwerfungen“ redet und ein „Umdenken“ fordert, wollen seine Parteifreunde im Püttlinger Rathaus erneut die Kindergartenbeiträge erhöhen und damit dieses Umdenken geradezu konterkarieren.

Schon jetzt steht fest, dass die DKP im Stadtrat die geplante Erhöhung ablehnen wird, denn es geht um die grundsätzliche Beitragsfreiheit für Kindergärten als Teil einer fortschrittlichen Bildungspolitik. Bei dieser Frage steht die CDU-Führung immer noch im Wort: Vor der Wahl 1999 versprach sie, „innerhalb fünf Jahren die Elternbeiträge an den Kindergärten im Saarland ganz abschaffen“ zu wollen, was bisher nicht eingehalten wurde.

Tausende kommen unter die Räder der „Arbeitsmarktreform“:

Weiterer Schritt in den sozialen Abgrund

Ab Januar 2005 gibt es für Langzeitarbeitslose u. arbeitsfähige Sozialhilfe-Empfänger nur noch das so genannte Arbeitslosengeld II (ALG II). Die meisten Betroffenen werden künftig weniger im Geldbeutel haben, denn die Einsparung von Finanzmitteln ist das öffentlich erklärte Ziel.

Die Hartz-IV-Gesetze geben u.a. vor, Langzeitarbeitslose in Arbeit bringen zu wollen, obwohl reguläre Arbeitsplätze nicht zur Verfügung stehen. Dabei wird angestrebt, diese Leute in „Ein-Euro-Jobs“ zu vermitteln, wo die Betroffenen jede Arbeit annehmen müssen. Wer sich verweigert, bekommt die 345 Euro ALG II um 30 Prozent reduziert oder gar ganz gestrichen. Eigentlich läuft das auf Zwangsarbeit hinaus, die nach dem Grundgesetz nur bei einer „gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung“ zulässig ist. Ein neuer Reichsarbeitsdienst lässt grüßen?

Schlimm sind auch die Gefahren, die sich für den normalen Arbeitsmarkt ergeben. Denn es ist nicht auszuschließen, dass reguläre Arbeitsplätze beseitigt und später mit Ein-Euro-Job-Leuten besetzt werden: „In der Altpflege sollen gelernte Pflegerinnen und Pfleger auf einen minimalen Kernbereich beschränkt, der Rest soll durch moderne Sklaven ersetzt werden“, schreiben dazu Mitarbeiter von Sozialverbänden in einer Protesterklärung.

Wir wissen, dass es für viele Kommunen verlockend ist, auf diese Weise billige Kräfte für Arbeiten zu bekommen, wozu sonst das Geld fehlt. Dennoch fordern wir, nur solche Stellen anzubieten, wo die Betroffenen unter tarifvertraglich und verfassungsmäßig zulässigen Bedingungen eingesetzt wer-

den können. Darüber hinaus treten wir dafür ein, die zur Verfügung gestellten Bundes- und Landesmittel nur zur Schaffung regulärer, gemeinnütziger und nach Tarif bezahlter Arbeits- und Ausbildungsplätze einzusetzen.

Bischof Marx meinte kürzlich in einem Interview mit der SZ (vom 11.10.04), der Kernpunkt der Arbeitsmarktreform Hartz IV sei, dass es sich hier um die „Reorganisation der Arbeitsvermittlung“ handele. Aber das Kernproblem sei: **„Wo sind die Arbeitsplätze? Wir brauchen Investitionen in Arbeit, auch Möglichkeiten öffentlich geförderter Arbeit.** Es genügt nicht, nur die Instrumente der Arbeitsvermittlung zu verbessern und im Übrigen darauf zu vertrauen, dass der Markt die Probleme löst. Es wird Menschen geben, denen es nach den Arbeitsmarktreformen schlechter geht als vorher“. So ist es.

Das Hauptproblem war und bleibt die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen. **Der Staat könnte dabei helfen, wenn z.B. die Vermögenssteuer wieder eingeführt wird und die dadurch fließenden Mittel für staatliche Investitionsprogramme eingesetzt werden.** Im Bereich von Schulen, Kindergärten, Kultur- und Sportstätten sowie im Straßen- und Bürgersteigausbau gibt es riesigen Nachholbedarf. Hier könnte angesetzt werden, um endlich neue Arbeitsplätze zu schaffen.



„Ha, da seht ihr's! Unsere gezielten Sozialkorrektur-Reformen zeigen ihre Wirkung!“

Kapitalismus pur

Als die SPD/Grüne-Schröder-Regierung nach der Bundestagswahl 1998 die Geschäfte übernahm, versprach sie, ihre Tätigkeit am Rückgang der Arbeitslosigkeit messen zu lassen. Inzwischen sind sechs Jahre vergangen und die Erwerbslosigkeit ist mit 4,25 Millionen statistisch erfassten Arbeitslosen unverändert auf Rekordniveau.

Auch sonst gibt es kaum etwas, an dem diese „Volksvertreter“ noch zu messen sind, denn von ihren Wahlversprechen ist nichts mehr übrig geblieben. Mit der Agenda 2010 ist die SPD-Führung voll auf Unternehmerkurs eingeschwenkt: Überall darf gespart werden, nur nicht an den Profiten und schon garnicht an Steuergeschenken für die Reichen und Konzerngesellschaften.

Es gehört zum kleinen Einmaleins des Kapitalismus, dass jeder „abgebaute“ Arbeitsplatz den Profit eines Unternehmens erhöht. Deshalb erleben wir gegenwärtig, wie große Kapitalgesellschaften einen regelrechten Wettlauf veranstalten, um zig-tausende Arbeitsplätze zu vernichten. Opel, Karstadt u. SKF sind aktuelle Beispiele dafür.

Nach einer jüngsten Konjunkturumfrage im Saarland plant auch etwa die Hälfte aller Handwerksunternehmen eine Reduzierung ihrer Investitionsausgaben, 22 Prozent wollen gar Personal abbauen.

Zu der Bedrohung von Arbeitsplätzen kommen die Angriffe gegen Sozial- und Arbeitsschutzgesetze sowie Mitbestimmung: Ein regelrechter Generalangriff des Kapitals gegen die Arbeiterbewegung. Aber die Bundesregierung will uns weiter mit immer neuen „Reformen“ traktieren, obwohl sich Personal-Service-Agenturen, Ich-AG's und andere Versuche längst als gescheitert erweisen. Da bleibt nur noch Widerstand gegen diese Politik!

pro+kontra

Herausgeber: Stadtorganisation d. DKP in Püttlingen · Verantwortl. f. d. Inhalt: Franz Hertel, Geisbergstraße 12 · Eigendruck

20. Bezirksdelegiertenkonferenz der DKP tagt in Püttlingen:

Bezirksvorsitzender Moses gibt Antwort auf einige Fragen

Als die Deutsche Kommunistische Partei im Oktober 2002 in der Barbarahalle auf der Ritterstraße konferierte, wurde eine „Püttlinger Erklärung“ zu Fragen der kommunalen Politik beschlossen. Dieses Dokument galt als Grundlage des politischen Wirkens auch der Kommunisten in der Köllertalstadt, womit sie im Wahlkampf recht erfolgreich waren. Jetzt findet die 20. ordentliche Bezirksdelegiertenkonferenz der DKP Saarland erneut in Püttlingen statt. Für die Redaktion war das der Anlass zu einem Interview mit Artur Moses, dem saarländischen DKP-Bezirksvorsitzenden.



Am 7. November findet die 20. Bezirksdelegiertenkonferenz in der „Stückguthalle“ des Kulturbahnhofes statt. Welche Gründe gibt es dafür?

Artur Moses: Die Püttlinger DKP-Gruppe hat bei der letzten Stadtratswahl ein Ergebnis erzielt, wie es in diesem Ausmaß für die DKP noch ganz selten ist. So etwas verdient besondere Anerkennung, was wir mit der Durchführung dieser Tagung in der Köllertalstadt unterstreichen wollen.

Was war das Besondere an diesem Wahlergebnis?

Artur Moses: In einer Zeit, wo 30 bis 40 Prozent der Wahlberechtigten gar nicht mehr zur Wahlurne gehen, weil sie von der Politik der bürgerlichen Parteien die Nase voll haben, ist es schon auffallend, wenn die DKP nicht nur ihre Stimmen erfolgreich verteidigt, sondern noch nahezu 900 dazu gewinnt. Die Verdreifachung von zwei auf sechs Sitze, während CDU und SPD jeweils 3 Mandate im Stadtrat verlieren, ist ein wichtiger Grund, uns zusammen mit den Püttlinger Genossen darüber zu freuen.

Gibt es darüber hinaus einen Anlass, der die DKP nach Püttlingen zieht?

Artur Moses: Natürlich! Wir freuen uns darauf, erstmals in der restaurierten „Stückguthalle“ des ehemaligen Bahnhofs tagen

zu können. Auch wir wollen einmal die wunderbare Atmosphäre dieses historischen Baudenkmals genießen. In diesem Zusammenhang ein Kompliment: Püttlingen hat sich in den letzten Jahrzehnten zu einer attraktiven und liebenswerten Stadt mit vielen Sehenswürdigkeiten entwickelt. Dass dabei auch unsere Vertreter im Stadtrat aktiv mitgewirkt haben, macht uns besonders froh.

Nun zur Konferenz selbst. Welche Aufgaben hat sie in der Vorbereitung des DKP-Parteitag zu erfüllen?

Artur Moses: Erstens geht es um die Rechenschaftslegung über die geleistete Arbeit in den letzten beiden Jahren, um die Einschätzung der aktuellen politischen Lage im Saarland: Wir haben uns engagiert gegen den völkerrechtswidrigen Krieg im Irak, wir machen mit in den Bewegungen gegen den gigantischsten Sozialabbau in der Geschichte der Bundesrepublik. Außer im Saarland waren wir auch in anderen Bundesländern bei Wahlkämpfen erfolgreich. Es geht nun um das Aufarbeiten der wichtigsten Erfahrungen für die weitere Arbeit. Und es geht um die Wahl der bezirklichen Organe und der Delegierten zum DKP-Parteitag im Februar 2005.

Welche politischen Schwerpunkte gelten in der nächsten Zeit?

Artur Moses: Die Antwort darauf möchte ich so zusammenfassen: Krieg darf kein Mittel der Politik sein! Keine Auslandseinsätze der Bundeswehr! Abrüstung und Verwendung der eingesparten Gelder für dringende öffentliche und soziale Aufgaben. Wir fordern das Recht auf Arbeit für jeden und ein Einkommen, das ein würdiges Leben ohne Armut sichert. Deshalb: Weg mit Agenda 2010 und Hartz IV!

Wir fordern eine Umverteilung von oben nach unten. Deshalb ran an die Profite und Spekulationsgewinne, Schluss mit den Steuergeschenken für die Superreichen! Der Auftrag unserer Verfassung muss durchgesetzt werden, wonach Eigentum verpflichtet. Das würde auch die Lage in den Kommunen verbessern. Wir kämpfen in diesem Sinne für einen grundlegenden Politikwechsel in unserem Land. Und wir

Kommunisten werden mithelfen, dass alle Kräfte, die eine solche Veränderung wollen, sich zusammenfinden: In den außerparlamentarischen Bewegungen und Aktionen und auch bei Wahlen.

Wird sich die DKP auch zur geplanten Funktionalreform äußern, die doch gravierende Veränderungen im Kommunalbereich herbeiführen soll?

Artur Moses: Hierzu will Franz Hertel, der außer seinem kommunalen Amt auch noch Mitglied unseres Bezirksvorstandes ist, auf der Konferenz einen Diskussionsbeitrag leisten, den wir dann als Aussage der Partei beschließen und als Grundlage für die weitere Arbeit nutzen wollen.

Inwieweit ist die örtliche DKP-Gruppe in die Arbeit der Bezirksorganisation einbezogen?

Artur Moses: In vielfältiger Art. In diesem Falle als Gastgeber der Konferenz. Wir sind aber auch dankbar für die vielen Erfahrungen aus erfolgreicher kommunalpolitischer Arbeit in Püttlingen. Umgekehrt hoffen wir, mit den politischen Aussagen der Konferenz den Püttlinger Kommunisten in ihrer Arbeit helfen zu können.

Mit was gilt es jetzt anzufangen?

Artur Moses: Nicht nur für uns Kommunisten gilt: Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt! Deshalb sagen wir: Aufstehen und sich Einreihen in die Auseinandersetzungen für eine bessere Zukunft! Eine andere Politik wird möglich, wenn für sie Druck gemacht wird! Daran arbeiten wir.

Sonderverkauf der UZ



Einen Sonderverkauf der UZ (Wochenzeitung der DKP)

starten wir am nächsten Samstag, dem **6. November, ab 9.30 Uhr** am **Kardinal-Maurer-Platz** in Püttlingen und am **Köllner Platz** in Köllertal. Die aktuelle Ausgabe der Zeitung mit Beiträgen über Püttlingen (z.B. SKF) wird zum Sonderpreis angeboten.

Bitte 50 Cent bereithalten!

Mimosenhafte Reaktionen auf kritische Anmerkungen der DKP-Fraktion:

Einfältiger Glaube an das ‚Wundermittel‘ Marketing?

In der Ratssitzung vom 29. September ging es um die Frage, ob die Stadt dem neu gegründeten Verein „Stadtmarketing Püttlingen“ beitreten und ihn finanziell unterstützen soll. Die DKP-Fraktion lehnte es ab, einem Jahresbeitrag von 300 Euro und der Bereitstellung von jährlich 5000 Euro im Haushaltsetat ihre Zustimmung zu geben. Fraktionssprecher Hertel setzte sich in diesem Zusammenhang mit einigen Punkten kritisch auseinander.

Schlägt man im Duden nach, dann bedeutet „Marketing“ die „Ausrichtung eines Unternehmens“ - in diesem Falle des Vereins! – „auf die Förderung des Absatzes“. Dagegen gibt es kaum etwas einzuwenden. Gerade deshalb, um Püttlinger Unternehmen und Gewerbetreibende zu fördern, wurde bereits vor vielen Jahren der Püttlinger Verkehrsverein gegründet!

Was ist mit dem Verkehrsverein?

Nach unserem Wissen ist der Verkehrsverein nicht nur ein Veranstaltungsverein, der sich ausschließlich mit der Organisierung von Kirmessen und anderen Festen zu beschäftigen hat. Stets ging und geht es bei allen Initiativen – bis hin zu den diversen Gewerbe-Ausstellungen in der Vergangenheit – um die Förderung des örtlichen Handels, Handwerks und Gewerbes.

„Warum“, so fragte der DKP-Sprecher, „dann plötzlich ein neuer Verein? Ist es vielleicht so, dass bestimmte Kräfte im Verkehrsverein ihre Meinung nicht durchsetzen konnten und deshalb einen separaten Marke-

tingverein favorisierten? Geht es vielleicht nur darum, dass Püttlingen sich noch stärker dem neuen Trend annähern will, mit spektakulären „Events“ als moderne Stadt zu erscheinen?“

Dieser kritische Ton stieß bei der Unionsfraktion auf wenig Akzeptanz und manche ihrer Vertreter glaubten sogar, darin einen unerlaubten „Angriff“ auf den neuen Verein sehen zu können, was natürlich Unsinn ist. Es ging einzig und allein um die Frage, ob die Stadt sich hier mit Steuergroschen finanziell engagieren soll.

Marketing ist keineswegs eine Püttlinger Erfindung

Schon seit langem wird dieser Begriff bundesweit gehandelt und man spricht (je nachdem, um welchen Bereich es sich handelt) von Dorf-, Kreis-, Stadt- oder City-Marketing. Stets wird aber darunter eine neue Möglichkeit verstanden, sich im Kampf um bestimmte Marktanteile einen Vorteil zu verschaffen. Offensichtlich geht Marketing auch von der Überle-

bung aus: Es ist zuwenig los, die Menschen hocken auf ihrem Geld (Wie oft ist in den Medien von „Kaufzurückhaltung“ die Rede!) und haben keine Ideen für mehr Konsum, die Verbraucher müssen angestoßen werden, sie brauchen die Kreativität von Animatoren, die mit großen Veranstaltungen zu stärkerem Konsum anregen.

Eine Mär: „Unlust der Käufer“

Wenn heute über mangelnde Kauflust gejammert wird, dann fehlt es keineswegs an ausreichendem Marketing.

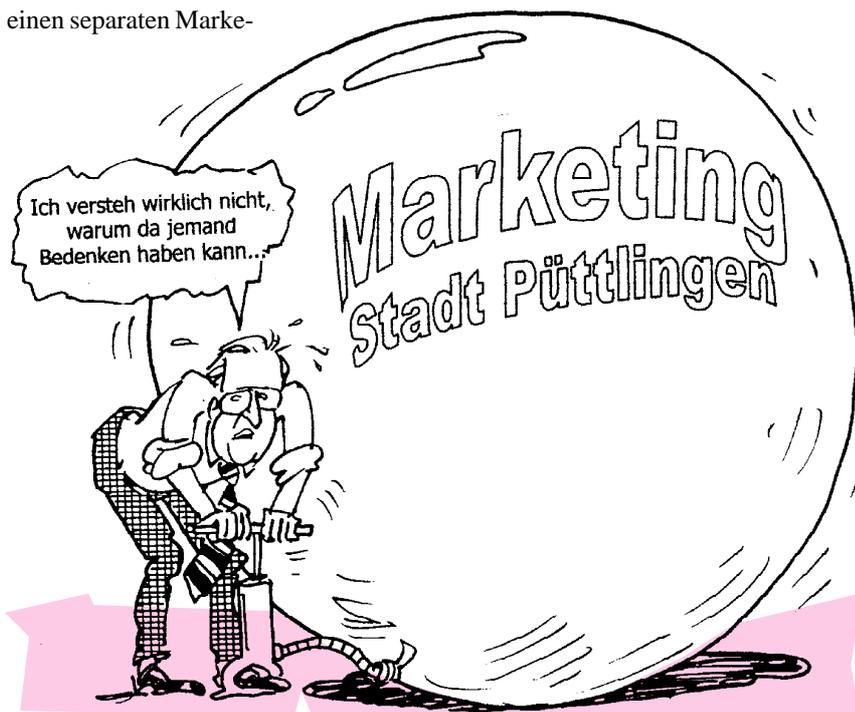
In den meisten Fällen liegt es daran, dass Verbraucher einfach nicht mehr ausgeben können, weil vieles teurer geworden ist, weil die Belastungen angewachsen sind und auch die gestiegenen Abgaben im Gesundheitsbereich das Loch im Geldbeutel der „kleinen Leute“ vergrößert haben. Hinzu kommt die unsichere Zukunft. Wer Angst haben muss, ein Opfer von Arbeitslosigkeit u. gelockertem Kündigungsschutz zu werden, wer das Vertrauen in die Sozialversicherungssysteme verloren hat und nicht weiß, ob morgen noch das Geld für einen Krankenhausaufenthalt reicht, gibt sein Geld nur noch für das Nötigste aus. Da können auch die schönsten Events nicht mehr helfen.

Meist ist es nur Umverteilung

Gewiss kann durch manche Großveranstaltungen mehr Umsatz in unserer Stadt erreicht werden, aber meist geht es dann auf Kosten anderer Städte, aus denen die Besucher kommen. Im Grunde findet nur eine Umverteilung statt.

Das beste Marketing kann mangelnde Massenkauflkraft und fehlende Arbeitsplätze nicht aus der Welt schaffen und schon gar nicht zur Minderung der finanziellen Lasten einer Stadt beitragen. Nicht Abbau des Sozialstaates, wie er derzeit rabiat betrieben wird, sondern Wirtschaftswachstum ist notwendig. Dazu müssen staatliche Förderungsprogramme aufgelegt werden, damit Beschäftigung und Einkommen für jetzt arbeitslose Menschen geschaffen werden.

In diese Richtung müssen auch kommunale Überlegungen zielen, wenn es in unserer Stadt aufwärts gehen soll. >



CDU: Wir sagen JA, weil uns das ganz Große schon immer gefällt...

Mitgliedschaft ja oder nein?

Jedem Ratsmitglied bleibe es unbenommen, der Marketinggruppe beizutreten, so Franz Hertel in seiner Stellungnahme: „Uns interessiert nur die Frage, ob die Stadt eine Mitgliedschaft erwerben und Unterstützung leisten soll. Die DKP-Fraktion spricht sich **dagegen** aus“. Er plädierte dafür, die vorgesehenen Mittel für dringendere Aufgaben zu investieren. Das seien wir vor allem der schlechten Finanzlage schuldig, wo mit dem „Konsolidierungsprogramm“ schon bei geringeren Beträgen hart durchgegriffen wurde.

Im Übrigen sei bereits vor Jahren über die Notwendigkeit von Mitgliedschaften in Vereinen und Organisation diskutiert worden. Damals ging es um den Beitritt zum „Deutschen Kinderhilfswerk“, wo ein Jahresbeitrag von 200 D-Mark zur Debatte stand. Es war die CDU, die strikt dagegen war und die Meinung vertrat, dass die Stadt ohnehin zuviel Beiträge an Gruppen und Vereine zahlen müsse, deshalb solle unbedingt gespart werden. „Heute, wo die Finanzlage noch unvergleichlich stärker zugespitzt ist, hat die Union offensichtlich keine Skrupel, einen dreifach höheren Vereinsbeitrag zu bewilligen. Dafür haben wir kein Verständnis“.

Echte Stadtentwicklung ist mehr als möglichst viele spektakuläre Events

Püttlingen erlebt derzeit eine Entwicklung, die man durchaus argwöhnisch betrachten sollte. Da wurde im zeitigen Frühjahr vollmundig eine „Weltpremiere für Püttlingen“ angekündigt, denn internationale Stars sollten zum „Stadtbiathlon auf Rollskiern“ antreten. Diese „Schnapsidee“, wie die SZ am 3.4.04 kommentierte, ist aber gescheitert und war nicht gerade ein gutes



... oh, was ist denn das?



Als die Jugendfeuerwehr zum Ende ihrer diesjährigen Zeltlagerwoche am Sportplatz Jungenwald eine Abschlussübung durchführte, war auch die DKP-Fraktion vertreten. Unser Bild zeigt (vorn, v.r.n.l.) die Ratsmitglieder Franz Hertel, Fritz Kuhn und (zwei Plätze weiter) Dina Hertel, dahinter Ernst-Rainer Hertel, Kreisvorsitzender DKP.

Zeugnis für seriöse Stadtentwicklungspolitik.

Nur wenige Monate später wurde uns der „German City-Kart-Cup“ als das Nonplusultra moderner Marketingpolitik kreiert. Schon war von mehr als 20.000 Besuchern die Rede. Als dann am Ende gerade mal 8 bis 9.000 Menschen bei dem Zwei-Tage-Spektakel gezählt wurden, ist dennoch bereits von dem Kart-Cup als „fester Bestandteil im Veranstaltungsprogramm der Stadt“ geschwärmt worden. Fragt sich nur, was der örtliche Handel davon gehabt hat und ob es sinnvoll ist, die Anwohner im Stadtzentrum laufend mit solchen „Highlights“ zu traktieren.

Um nicht falsch verstanden zu werden. Die DKP hat durchaus nichts dagegen, dass den Bürgern unserer Stadt hin und wieder mal was Besonderes, auch schon mal was Ausgefallenes!, geboten wird. Aber vor einer „Spektakelstadt Püttlingen“ sollten wir uns hüten.

Das hat mit der systematischen Weiterentwicklung unserer Stadt zu einem allseitig entwickelten Zentrum im Kollertal - mit attraktiven Möglichkeiten des Einkaufens, der gesicherten Arbeit und des Lebens sowie der kulturellen und sportlichen Betätigung - recht wenig zu tun. Hier hat der Bürgermeister noch eine Bringschuld.

Bleibt auch noch die Frage, ob es dem Bürgermeister und der Verwaltung al-

leine überlassen bleibt, in dieser Frage die Richtung zu bestimmen oder ob es nicht auch Sache des Stadtrates ist, zu entscheiden, ob wir diesen Weg von einem Spektakel zum anderen überhaupt gehen wollen.

Rahmenbedingungen

Wenn Stadtentwicklung mehr ist als nur ein verbessertes Marketing (und das ist es nach unserer Meinung!), dann sollte sich der Stadtrat viel stärker mit grundsätzlichen Fragen beschäftigen. Dazu gehören vor allem die politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, unter denen die Kommunen zu leiden haben.

Weil Bundes- und Landespolitik die Städte und Gemeinden finanziell austrocknen lassen und es den Herrschenden vorrangig nur um bessere Kapitalverwertung geht, werden die Kommunen immer weiter in ihrer Handlungsfähigkeit eingeschränkt. Da nutzt es auch wenig, an das „Wundermittel“ Marketing zu glauben. Es wäre wohl auch ziemlich einfältig.

Notwendig sind Überlegungen für eine neue Politik, die es den Kommunen ermöglicht, ihre Aufgaben verantwortungsvoll durchzuführen. Darüber sollte diskutiert werden.

DKP bereitet Parteitag vor

Auch die Gruppe Püttlingen ist dabei einbezogen

Im Februar 2005 findet der nächste Parteitag der DKP in Duisburg statt, wo die deutschen Kommunisten die gegenwärtige politische Lage analysieren und ihre weiteren Aufgaben bestimmen werden. Derzeit finden auf allen Ebenen entsprechende Parteikonferenzen statt, wo die Leitungsgremien und die Delegierten gewählt werden. Auch im Saarland vollzieht sich dieser Vorbereitungsprozess. So hat am 5. Oktober eine Mitgliederversammlung der Kreisorganisation Völklingen in Püttlingen stattgefunden. Und am 7. November wird die DKP-Bezirksdelegiertenkonferenz im Kulturbahnhof durchgeführt.

Ernst-Rainer Hertel erneut Kreisvorsitzender

In der Mitgliederversammlung des Kreises Völklingen, zu dem auch die Gruppe Püttlingen gehört, spielte der zurückliegende Wahlkampf eine besondere Rolle. Dabei ging es vor allem um die Vermittlung von Schlußfolgerungen aus dem für die DKP positiven Stadtratsergebnis. Aber auch die Verbesserung der Arbeit in Betrieb und Gewerkschaft spielte eine wichtige Rolle.



Ernst-Rainer Hertel

Nach einer konstruktiven Diskussion erfolgte die Neuwahl des Kreisvorstandes. Dabei wurde der Püttlinger Bürokaufmann Ernst-Rainer Hertel (47) wieder als Kreisvorsitzender bestätigt. Neu im Kreisvor-

stand ist Stadtratsmitglied Hans Schwindling, der damit die Präsenz der Gruppe Püttlingen im Kreisvorstand verstärkt. Unter den acht Delegierten zur Bezirkskonferenz sind drei aus unserer Stadt: Franz Hertel, Ernst-Rainer Hertel und Hans Schwindling.

Neue Gesichter im Püttlinger Vorstand

Bilanz der zurückliegenden Arbeit und Bestimmung der neuen Aufgaben waren wichtige Punkte, die der Jahreshauptversammlung der örtlichen DKP-Gruppe am 19. Oktober



Hans Schwindling

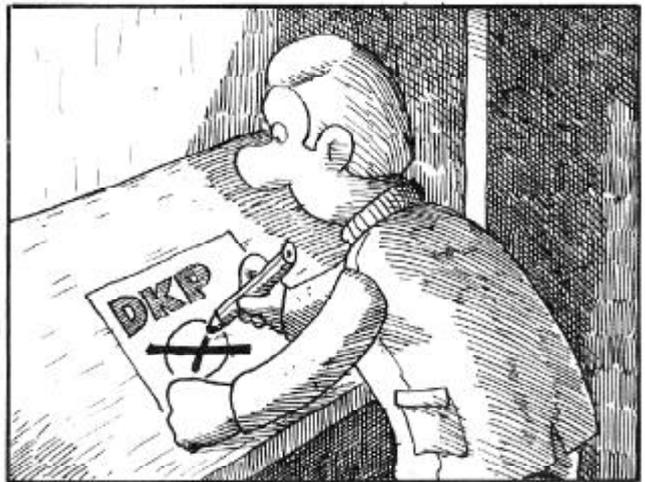


Edith Albert

gestellt waren. Mit großer Zustimmung wurde ein entsprechender Bericht zur bisherigen Tätigkeit aufgenommen. Einmütig erfolgte die Festlegung des neuen Vorstandes, wobei es besonders auf eine Verjüngung ankam. Der 53-jährige Hans Schwindling, neuerdings auch im Kreisvorstand, wurde einstimmig zum neuen Gruppenvorsitzenden gewählt, seine Stellvertreterin ist Edith Albert (38). Damit ist auch die Stadtratsfraktion stark vertreten, denn Franz Hertel gehört weiterhin dem Vorstand an.



SPENDEN IST BRONZE...



WÄHLEN IST SILBER...



EINTRETEN IST GOLD!!

Insgesamt 5.780 € haben wir im 1. Halbjahr 2004 an Spenden eingenommen. Dafür sagt die DKP Püttlingen allen Mitgliedern und Freunden sowie den zahlreichen Gewerbetreibenden ein herzliches Dankeschön. Ohne diese großzügige Unterstützung wäre ein erfolgreicher Wahlkampf nicht möglich gewesen - und erfolgreich war er ja, mit 1.505 Stimmen = 15,6 Prozent. Was jetzt noch fehlt, sind neue Mitglieder, damit wir die politische Arbeit im Interesse unserer Stadt noch verstärken können. Ja, wir brauchen Hilfe, darum meldet euch!



Seit 50 Jahren gibt es den „Öffentlichen Anzeiger“. Äußerlich hat er sich seiner Zeit immer wieder angepasst, aber stets ist er ein unverzichtbarer Wegbegleiter für die Bürger geblieben.

Ein wichtiges Jubiläum, das bislang nicht gewürdigt wurde:

DKP fragt: Warum diese Zurückhaltung?

Anfang des Monats August waren es 50 Jahre her, da der „Öffentliche Anzeiger“ in Püttlingen erstmals erschienen ist. Bislang hat es zu diesem Jubiläum keine öffentliche Würdigung gegeben. Weder im Öffentlichen Anzeiger selbst noch durch eine Verlautbarung der Stadt wurde dieses Ereignis erwähnt, geschweige denn durch einen Empfang die Bedeutung des Jubiläums hervorgehoben.

Die DKP-Fraktion war ob dieses Sachverhaltes doch etwas erstaunt und hat dazu in der Stadtratssitzung eine Anfrage gestellt: Was sind die Gründe dafür? Warum in diesem Falle so viel Zurückhaltung? Gibt es noch Überlegungen, das Versäumnis nachzuholen?

Frau Beigeordnete Hoffmann, welche in der Sitzung den Vorsitz führte, schien augenscheinlich wenig begeistert. Unmut bei der CDU, weil Franz Hertel darauf hinwies, dass die Stadt nicht gerade zurückhaltend sei, wenn es um Empfänge gehe, die oft aus geringerem Anlass durchgeführt würden. Es war so, als habe sich der DKP-Sprecher einer Majestätsbeleidigung schuldig gemacht. Trotzdem bleibt die Verwunderung darüber, dass das 50-jährige Bestehen des Öffentlichen Anzeigers bislang nicht in angemessener Form gewürdigt wurde.

Die Verwaltung hat auf unsere Anfrage mitgeteilt, dass noch eine entsprechende Veranstaltung geplant sei. Wir begrüßen das, denn das Jubiläum sollte auch mit Verspätung zum Anlass genommen werden, öffentlich die Rolle des Anzeigers in den zurückliegenden Jahrzehnten zu würdigen und auch ein Dankeschön an jene auszusprechen, die sich bislang für das Erscheinen des Blattes verdient gemacht haben oder noch verdient machen.

Kurz und knapp

Massive Beschwerden von Anliegern der Sommerbergstraße über unzumutbare Belästigungen durch Hundegebell haben die DKP-Fraktion zu einer Anfrage im Stadtrat veranlasst. So sollen schon mehrfach „Bulldoggen-Treffen“ auf dem Hunde-Dressurplatz durchgeführt worden sein, wo mehr als 50 Hunde über Stunden hinweg mit ihrem Geheul die Anlieger störten. Von Verunreinigungen der anliegenden Wiesen durch Hundekot ganz zu schweigen. Bei einer Ortsbesichtigung soll die Angelegenheit überprüft werden.

*

Bedauert hat die DKP anlässlich der Vorlage eines Berichtes über die Umsetzung des Frauenförderplanes in der Stadtverwaltung, dass keine Stellungnahme der Frauenbeauftragten dazu erfolgen kann, weil diese schon mehr als zwei Jahre ihr Amt nicht mehr wahrnimmt. Gleichzeitig nahm die DKP diesen Punkt zum Anlass der Forderung, unverzüglich die Stelle einer neuen Frauenbeauftragten auszuschreiben. Dabei plädiert die DKP für die Einsetzung einer hauptamtlichen Kraft.



Kurz vor der nordrhein-westfälischen Kommunalwahl am 26. September nahmen Vertreter unserer Fraktion mit einem Info-Stand an einem Marktfest in Bottrop teil. Die Veranstaltung wurde von der dortigen DKP durchgeführt und hat großes Interesse gefunden. Bei der Wahl selbst konnte die DKP Bottrop ihren Stimmenanteil von 4,4 auf 6,5 Prozent erhöhen und vier Mandate erzielen. Herzlichen Glückwunsch!

Thema Brötchentaste

Als im Februar über die Einführung der Brötchentaste beraten wurde, monierte die DKP, dass man z.B. in der Pickard- oder Rathausstraße kostenlos kurzparken könne, aber gleich nebenan blechen müsse. Darum beantragte die DKP, die neue Regelung auch auf dem Parkplatz hinter dem Rathaus, auf dem Senftenberger Platz u. Am Wimbach einzuführen. Aber Verwaltung und CDU lehnten es strikt ab.

Jetzt, sieben Monate später, beschloss der Stadtrat auf Antrag der CDU, dass alle Parkscheinautomaten in der Stadt mit der Brötchentaste ausgestattet werden. Plötzlich ist es machbar.

Was lernen wir daraus? Alles, was die Opposition vorschlägt, muss abgewimmelt werden. Nur die CDU hat immer Recht. So lange Gott helfe!

DKP fordert vom Stadtrat antifaschistische Aktivitäten:

Pflöcke gegen Neonazismus einrammen

In einem Schreiben an den Bürgermeister hat die DKP-Fraktion beantragt, das Thema: „Den braunen Sumpf trocken legen, Pflöcke gegen Neonazismus einrammen“ auf die Tagesordnung der nächsten Hauptausschuss-Sitzung zu setzen und danach auch im Stadtrat zu behandeln. Ganz konkret wird vorgeschlagen, die Ausstellung „Saarländerinnen gegen die Nazis - verfolgt, vertrieben, ermordet“, die vom Adolf-Bender-Zentrum e.V. in St. Wendel in Zusammenarbeit mit der VVN-Bund der Antifaschisten erstellt worden ist, nach Püttlingen zu holen. Die Ausstellung könnte dann - zusammen mit einem Vortrag von Dr. Luitwin Bies, Mitautor des zur Ausstellung passenden Textbuches - im Püttlinger Schlösschen angeboten werden.

In ihrer Begründung verweist die DKP auf das beängstigende Anwachsen neofaschistischen Einflusses. So hat die NPD bei der diesjährigen Kommunalwahl in der Nachbarstadt Völklingen 9,6 Prozent erreicht und ist mit fünf Mandaten zur drittstärksten Partei geworden. Auch der Einzug der NPD in die Bezirksräte von Burbach und Halberg muss als Warnsignal verstanden werden. Dass es darüber hinaus der NPD in Sachsen und der DVU in Brandenburg bei den jüngsten Landtagswahlen gelungen ist, in die jeweiligen Landesparlamente einzuziehen, macht außerdem deutlich, dass wir es mit einem bundesweiten Anstieg des Rechtsextremismus zu tun haben.

Niemand wird wohl von der Hand weisen können, dass diese Entwicklung auch für unsere Stadt gefährlich werden kann. Immerhin haben bei der Landtagswahl im September über 360 Wahlberechtigte in Püttlingen für die neofaschistische NPD gestimmt. Hier entwickelt sich ein Potential, auf das

sich braune Rattenfänger mit ihren demagogischen und ausländerfeindlichen Parolen stützen können. Erschwerend kommt hinzu, dass Püttlingen schon länger ein Schwerpunkt neofaschistischer Aktivitäten ist und die Gruppe „Nationaler Widerstand Köllertal“ als die Basis rechtsextremer und gewaltbereiter Kräfte gilt.

Die DKP erinnert auch an die immer wieder festgestellten Hakenkreuz-Schmierereien, die Schändung des Gedenkstein für ausländische Zwangsarbeiter in Etzenhofen und andere Ausschreitungen dieser gefährlichen Kräfte.

Man könne, so die DKP in ihrer Eingabe, über die Ursachen der gegenwärtigen Entwicklung sehr wohl unterschiedlicher Auffassung sein. Aber gerade deshalb müsse man über dieses Thema offen sprechen. Vor allem solle über Hintergründe und Folgen der neonazistischen Gefahren nachgedacht und über entsprechende



Skinheads und andere gewaltbereite Jugendliche, die in Springerstiefeln umherlaufen, randalieren und rechte Parolen grölen, haben sich auch in unserer Region zusammen gerottet. Besonders auffällig dabei die 35 Personen starke Gruppe „Nationaler Widerstand Köllertal“, wie vom Püttlinger „Verfassungsschützer“ H. Albert bestätigt wurde.

Lehren aus der Vergangenheit beraten werden. Hierzu müsse man sich jedoch stärker mit der Aufarbeitung der Geschichte befassen.

„Eine braune Volksfront formiert sich“

Unter obiger Schlagzeile berichtete die SZ am 11. Oktober 2004, dass die NPD derzeit dabei ist, die „zerstrittenen rechtsextremen Kräfte unter ihrer Fahne zu sammeln“ und eine Zusammenarbeit mit der DVU bereits beschlossene Sache zu sein scheint. Wenn in der gleichen Ausgabe berichtet wird, dass NPD-Chef Voigt keinen Zweifel daran lässt, dass „es sich bei Hitler um einen großen Staatsmann“ handelt und die Neonazis in einem Strategiepapier die „Schaffung so genannter national befreiter Zonen anstreben“, dann gibt es allen Anlass, mit der Verharmlosung der Neonazis aufzuhören und endlich mehr antifaschistische Aufklärungsarbeit zu leisten.

Die DKP-Fraktion ist der Meinung, dass zunehmender Sozialabbau ein günstiger Nährboden für neofaschistische Entwicklungen darstellt. Menschen, die durch staatliche Fehlentscheidungen ins gesellschaftliche und soziale Abseits gedrängt werden, maßlos enttäuscht sind und keine Perspektive mehr sehen, sind besonders gefährdet, von neonazistischen Verführern missbraucht zu werden. Deshalb müssen wir aktiv werden, um das antifaschistische Bewusstsein der Bürger zu fördern.

Aufklärung verstärken

In ihrem Antrag regt die DKP-Fraktion an, etliche Diskussionsforen und Info-Veranstaltungen durchzuführen. Über Themen und Referenten könne man sich noch verständigen. Ganz konkret ist aber der Vorschlag, die Ausstellung „Saarländerinnen gegen die Nazis“ in Püttlingen zu zeigen. Dieser Ausstellung liegt ein Buch zugrunde, welches im Frühjahr erschienen ist und das Schicksal von 26 saarländischen Frauen im antifaschistischen Widerstand schildert. Darunter ist auch ein Beitrag über die in Püttlingen bekannte und verehrte Schwester Katharina Katzenmaier.